

## **Haushaltsgenehmigung 2015**

**"Bitte nicht nur das Fettgedruckte und die Überschriften lesen!"**

Die FDP-Stadtratsfraktion warnt davor, die Genehmigung der Bezirksregierung Düsseldorf für den Haushalt 2015 und des Haushaltssicherungskonzeptes "nur in ihren Überschriften und dem Fettgedruckten zur Kenntnis zu nehmen".

Nach der Regierungspräsidentin sei die aktuelle Planung der Personalkosten "risikobehaftet". Sie erwarte "aufgabenkritische Überlegungen bzw. organisatorische Maßnahmen", wobei nicht nur das "Ob" der Aufgabenerledigung, sondern auch das "Wie" im Focus stehen müsse. "Zurzeit sehen wir dafür wenig konkrete Anhaltspunkte im von SPD, CDU und Grünen beschlossenen Haushaltssicherungskonzept", erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann. Das gleiche gelte für die Sozialtransferaufwendungen, die auch nach Ansicht der FDP-Fraktion "beträchtliche Risiken für die Haushaltskonsolidierung beinhalten".

Zustimmung findet bei der FDP-Stadtratsfraktion die Anregung der Regierungspräsidentin, die Empfehlung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW aufzugreifen, um "Potentiale für die Reduzierung des städtischen Aufwandes zu realisieren".

"Wir brauchen keine neun Stadtbezirke mit neun Bezirksvertretungen und auch die Zahl der Bezirksverwaltungsstellen lässt sich sicher reduzieren", erklärt Heitmann.

Kritisch sieht die FDP-Fraktion, dass die Bezirksregierung bei der Neuverschuldung der Stadt vor allem die Aufnahme von Krediten für investive Vorhaben thematisiert: "Das Problem der Stadt ist aus unserer Sicht eindeutig nicht die investive Verschuldung, sondern die konsumtive Verschuldung, die sich in einer zunehmenden Inanspruchnahme von Liquiditätskrediten zeigt." Auf positive Resonanz stößt demgegenüber bei den Liberalen die Forderung der Regierungspräsidentin, sich bei der Investitionsplanung auf dringliche und pflichtige Vorhaben zu konzentrieren und auf kapitalintensive Großprojekte mit erheblichen Folgeaufwendungen zu verzichten: "Luxussanierungen wie die des Kaiser-Wilhelm-Museums und der Haltestelle Ostwall/Rheinstraße sind jedenfalls bis zum endgültigen Haushaltsausgleich tabu!"